Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Kriog oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

— 91. Jahrgang — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" — Wilsdruff-Dresden — Postscheck: Dresden 2640

Die Durchsuchung des Reichstagsgebäudes.

Ein parlamentarisches Nachspiel.

Der Polizeiuntersuchungsausschuß des Preußischen Landtags behandelte am Mittwoch die polizeiliche Durchsuchung des Reichstagsgebäudes in der Nacht zum 13. September d. J. Als Zeugen sind für den Fall geladen u. a. Reichstagspräsident Göring, der Direktor beim Reichstag, Geheimrat Galle, Polizeipräsident Melcher und die beteiligten Beamten des Polizeipräsidiums. Zu Beginn der Sitzung gab ein Vertreter des Reichskommissars eine Erklärung ab, in der

die Aussagegenehmigung für die Beamten des Polizeipräsidiums verweigert wird.

Der Berichterstatter, Abg. Möller-Halle (Soz.), hob hervor, daß Regierungsrat von Werder den Versuch, die Genehmigung des Reichstagspräsidenten für die Durchsuchung des Reichstags herbeizuführen, überhaupt nicht unternommen habe. Bei den Akten des Innenministeriums befinde sich u. a. ein Schreiben des Innenministeriums an den Polizeipräsidenten, in dem gesagt wird, daß das Innenministerium die Rechtsauffassung des Regierungsrats von Werder nicht teile. Es werde aber lediglich die Erwartung ausgesprochen, daß Regierungsrat von Werder künftig die gesetzlichen und verfassungsmäßigen Schranken der von ihm anzuwendenden Polizeigewalt gewissenhaft beobachte. Der Berichterstatter sprach die Vermutung aus, daß das Vorgehen des Regierungsrats von Werder vorbereitet gewesen sei. In den Akten sei kein Anhaltspunkt dafür vorhanden, von wem die fernmündliche Mitteilung an Regierungsrat von Werder stamme, daß ein Sprengstoffanschlag im Reichstagsgebäude geplant sei. Wie in vielen Prozessen, so spiele also auch hier

der „große Unbekannte"

eine Rolle, der bei den Richtern nur ein mildes verständnisvolles Lächeln auslöse. Schließlich teilte der Berichterstatter aus den Akten noch eine Bekundung des Direktors beim Reichstage, Geheimrat Galle, mit, wonach am Morgen des 13. September eine Polizeikommando Einlaß in den Reichstag begehrt habe mit der Begründung, zum Schutze für die Fraktionssitzung der NSDAP. eingesetzt worden zu sein. Dem Polizeikommando sei aber der Einlaß nicht gewährt worden. Ebenso sei ihm der daraufhin nachgesuchte Zutritt zum Hause des Reichstagspräsidenten versagt worden.

Abg. Hamburger (Soz.) und Abg. Kasper (Komm.) erklärten, daß es nur im Interesse der Regierung und der Polizei liege, wenn die leitenden Polizeibeamten vernommen würden. Abg. Freisler (Nat.-Soz.) erblickte in der Aussageverweigerung eine Verfassungsverletzung. Abg. Borck (Dtn.) betonte, der Reichskommissar fühle sich nun einmal diesem Landtag nicht verantwortlich, der ja auch gar nicht arbeitsfähig sei. Ob Verfassungsbestimmungen verletzt wurden oder nicht, sei für diesen Fall, wo es sich um Staatssicherheit handele, gleichgültig.

Der Vertreter des Ministeriums des Innern hatte inzwischen den Ausschuß verlassen. Abg. Meistermann (Ztr.) empfahl, der Regierung nahezulegen, wieder einen Vertreter zu entsenden, da die Zeugenaussagen doch auch für sie von Interesse sein dürften. Der Vorsitzende ließ das Ministerium diesbezüglich telephonisch verständigen.

Der Ausschuß trat dann in die Zeugenvernehmung ein. Der Direktor beim Reichstag, Geheimrat Galle, betonte, daß er Einspruch gegen die polizeiliche Durchsuchung des Reichstages erhoben hätte. Von Herrn von Werder sei ihm ausdrücklich mitgeteilt worden, daß der Polizeipräsident den Auftrag zur Durchsuchung gegeben habe.

Reichstagspräsident Göring sagte als Zeuge aus, daß er über die Vorgänge im Reichstag erst am nächsten Vormittag unterrichtet worden sei. Er habe den Eindruck, daß diese Polizeiaktion schon am Nachmittag des 12. September im Zusammenhang mit den Vorgängen der Reichstagssitzung beschlossen worden sei. Wenn wirklich wichtiges Material vorgelegen hätte, so hätte er auch die Erlaubnis zur Durchsuchung erteilt. Es handele sich um einen krassen Übergriff der Polizei gegenüber den Rechten des Reichstagspräsidenten. Am Vormittag des 13. September sei ein Wachtmeister

mit mehreren Schutzpolizeibeamten im Präsidentenhaus erschienen

mit dem Auftrage, das Haus, in dem eine Fraktionssitzung der Nationalsozialisten stattgefunden habe, zu beschützen. Göring habe diesen Schutz abgelehnt und Dr. Bracht mitgeteilt, wenn noch einmal so etwas vorkomme, alle technischen Gegenvorbereitungen von sich aus zu treffen. Er hätte in diesem Falle die Schließung des Präsidentenhauses sowie die Bewaffnung der Beamten angeordnet. Inoffiziell habe er erfahren, daß Herr von Werder, den man jetzt als Karnickel herausstelle, den Auftrag zur Durchsuchung von höherer Stelle erhalten hätte. Er, Göring, habe den Eindruck, daß der Auftraggeber Dr. Bracht selbst gewesen sei.

Abg. Torgler (Komm.) sagt aus, daß in den Fraktionsräumen der Kommunisten zugeschnürte Pakete, in denen man vielleicht Sprengstoff hätte annehmen können, nicht geöffnet worden seien, dagegen aber Papiere und Schriftstücke durchgewühlt worden seien. Der Sekretär der kommunistischen Reichstagsfraktion, Kühne, hat ebenfalls den Eindruck gehabt, daß nicht nach Sprengstoff, sondern nach Akten gesucht worden sei.

Nachdem noch der Hauptinspektor des Reichstages vernommen worden war, beschloß der Ausschuß, durch Rückfrage beim Reichskommissar festzustellen, ob eine Pressemeldung, daß die politische Polizei niemals Aussagegenehmigung erhalte, authentisch sei. Gegebenenfalls will der Ausschuß mit einer Gegenerklärung an die Öffentlichkeit treten. Der Vorsitzende brachte dem Ausschuß ein Schreiben Dr. Brachts vom 26. September an Reichstagspräsident Göring zur Kenntnis, in dem erklärt wird, daß Angaben über die Herkunft der Nachricht wegen des angeblich beabsichtigten Anschlages nicht gemacht werden könnten, da sie die polizeilichen Maßnahmen unter Umständen gefährden würden. Oberregierungsrat Diehls von der Polizeiabteilung des Innenministeriums, Regierungsrat von Werder, und vier weitere Polizeibeamte gaben sämtlich an, keine Aussagegenehmigung zu haben. Der Vorsitzende schlug vor, daß der Ausschuß gegen das Verhalten des Reichskommissars gegenüber dem Untersuchungsausschuß Stellung nehme. Es lägen bereits von den Nationalsozialisten, von den Kommunisten und vom Berichterstatter Protestentschließungen vor. Der Ausschuß beschloß die Einsetzung einer Redaktionskommission zur Ausarbeitung eines einheitlichen Entschließungsantrages. Die Deutschnationalen lehnten eine Beteiligung an der Redaktionskommission ab, da sie das Verhalten des Reichskommissars billigten.

Demonstrative Abreise Frhr. v. Neuraths

Der Reichsaußenminister aus Genf abgereist.

Keine Unterredung mit Herriot.

Reichsaußenminister Frhr. von Neurath ist in Begleitung von Legationsrat Voelkers aus Genf nach Berlin abgereist. Im Zusammenhang mit der Abreise kann festgestellt werden, daß sachliche Verhandlungen über die Gleichberechtigungsfrage mit Neurath in Genf nicht stattgefunden haben. Die Unterredungen Neuraths mit Henderson und Simon hatten rein informatorischen Charakter.

Es dürfte zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Teilnahme an Völkerbundverhandlungen sein, daß eine Unterredung zwischen den gleichzeitig anwesenden führenden französischen und deutschen Staatsmännern nicht stattgefunden hat.

Die Initiative für die Weiterbehandlung der Gleichberechtigungsfrage bleibt weiter auf der Gegenseite, da an einer Weiterführung der Gleichberechtigungsverhandlungen in erster Linie die Mächte interessiert sind, die für die Abrüstungskonferenz und damit für den gesamten Völkerbund eine Gefahr aus einem Fernbleiben Deutschlands erblicken.

Enttäuschung in französischen Genfer Kreisen.

Genf, 28. September. Die Abreise des deutschen Außenministers hat in hiesigen französischen Kreisen völlig überrascht und großes Aufsehen erregt, da man bisher eine derartige Haltung der Reichsregierung nicht gewohnt war. Man hatte auf französischer Seite fest damit gerechnet, daß der Reichsaußenminister wegen der angekündigten Rede Herriots unverzüglich seine Abreise verschieben würde und damit seine Kompromißbereitschaft bekundet hätte. Wie zu erwarten war, wird die Abreise von französischer Seite als eine absichtliche deutsche Geste dargestellt, die nur die Gegensätze zwischen der deutschen und französischen Auffassung unterstreichen sollte.

In englischen Kreisen beurteilt man dagegen die Abreise des Freiherrn von Neurath durchaus ruhig und sachlich und weist darauf hin, daß der englische Außenminister bereits vor einigen Tagen abgereist sei und seine Rückkehr völlig ungewiß sei. — Auf französischer Seite bestand zweifellos die allzu offensichtliche Absicht, Herriot in Anwesenheit des deutschen Außenministers einen großen Triumph in der Völkerbundsversammlung zu ermöglichen, um damit für die weiteren Verhandlungen der Gleichberechtigungsfrage eine den französischen Wünschen entsprechende Atmosphäre zu schaffen.

Scharfe Pariser Ausfälle zur Antwort des Kanzlers an Herriot.

Paris, 28. September. Die Pariser Abendblätter befassen sich eingehend mit Papens Antwort an Herriot, die sie als einen recht kümmerlichen Rechtfertigungsversuch bezeichnen. Der „Intransigeant" sagt, Deutschland sei selbst dafür verantwortlich, daß man alle deutschen Waffen als Angriffswaffen bezeichne. Es habe die Krise von 1870 und 1914 vom Zaune gebrochen und Friedensverträge vernichtet. Es habe eine adlige Militärkaste mit der Führung der Politik betraut, die noch zynischer sei als die, die den Angriff von 1914 vorbereitet habe. Der „Temps" stellt fest, daß Papen nicht die Weltöffentlichkeit werde irreführen können. Wenn der Regierungschef eines Landes, das dauernd seine Verpflichtungen nicht erfüllt habe, sage, man müsse der Reichsregierung für das Drei-Milliarden-Opfer an die internationale Zusammenarbeit dankbar sein, so müsse, man befürchten, daß jede Verständigung mit Deutschland im Rahmen einer internationalen Zusammenarbeit von Tag zu Tag schwieriger zu verwirklichen sein werde.

Ministerkrise in England.

Seit Tagen schon gingen Gerüchte, daß es im englischen Kabinett über den künftigen Regierungskurs zu einem Krach kommen werde. Der Krach ist nun da. Die liberalen englischen Minister Samuel und Sinclair und der frühere Arbeiterparteiler Snowden, der mit Macdonald aus der Arbeiterpartei ausgetreten ist, haben ihre Ministerposten verlassen und sind mit ihren Anhängern im Parlament wieder zur Opposition gegen die Regierung übergegangen.

Der jetzige Ministerpräsident Macdonald, der frühere Führer der englischen Arbeiterpartei, hat bekanntlich nach dem Zusammenbruch der Arbeiterregierung diese Regierung aus Konservativen, Liberalen und alten Freunden aus seiner früheren Partei gebildet. Er hatte von Anfang an einen schweren Kampf, um die sehr widerstrebenden Meinungen unter einen Hut zu bringen. Die Macht der Verhältnisse und die alten Gegensätze waren aber stärker als alle Verhandlungskunst des alten Arbeiterführers, und so kam es zum Krach. Die Ministerkrise hat verschiedene Ursachen. Der Hauptgrund ist allerdings die Wirtschaftspolitik mit ihren alten Gegensätzen zwischen den Zollgegnern und den Zollanhängern. Darüber hat es schon oft Ministerkrisen in England gegeben. Die englischen Liberalen waren von jeher die Vorkämpfer für den freien Handel, die Konservativen sind die alten Zollfreunde. In der jetzigen Regierung, die sich Regierung der „nationalen Konzentration" nannte, saßen Anhänger beider Richtungen, es hat sich gezeigt, daß sie auf die Dauer doch nicht zusammen regieren können. Wie bei uns spielt auch in England die Frage der Arbeitsbeschaffung die Hauptrolle in der Politik. Die bisherige Regierung ist schon vor einem Jahr dazu übergegangen, durch Zölle und andere Einfuhrerschwerungen die fremde Konkurrenz von England fernzuhalten, die liberalen Minister haben wohl oder übel mitmachen müssen. Aber die Maßnahmen reichten zur Wirtschaftsbelebung nicht aus.

Vor allem entstanden durch die Zollpolitik schwere Konflikte mit den großen englischen, in ihrer Wirtschaftspolitik selbständigen Kolonien Kanada, Australien, Südafrika. Diese Kolonien wollen vor allem ihre landwirtschaftlichen Produkte in England absetzen, haben aber keine Lust, sich durch die englische Konkurrenz ihre eigenen Industrien schädigen zu lassen, sie wollten die englische Einfuhr nicht anders behandeln als die jedes anderen Landes. Um diese verschiedenen Wünsche irgendwie mit den Interessen aller in Einklang zu bringen, hat die Londoner Regierung bekanntlich die große Konferenz in der kanadischen Hauptstadt Ottawa veranstaltet. Nach wochenlangen Verhandlungen hat sich London mit den Vertretern der Kolonien auf einen Vertrag über die gegenseitige Behandlung des Warenverkehrs geeinigt. Der Vertrag sollte nun in London dem Parlament zur Billigung vorgelegt werden. Da verloren aber die liberalen Minister den Mut, mit diesem Vertrag vor ihre Freunde im Parlament zu treten, und haben die Regierung verlassen. Es scheint in diesem Vertrag doch einiges drinzustehen, was ein echter englischer Liberaler nicht annehmen kann. Die Liberalen sind nun wieder zur Opposition übergegangen; ein Teil der Liberalen, die Anhänger des alten aus dem Krieg bekannten Ministers Lloyd George, sind auch nach den letzten Wahlen in der Opposition geblieben. Jetzt werden sich diese beiden Gruppen wohl wieder versöhnen. Parlamentarisch bedeutet der Abgang der liberalen Minister keine Schwierigkeit, solange die Konservativen für die jetzige Regierung Macdonald sind, denn die konservative Partei hat die absolute Mehrheit im Parlament.

Ob der Regierungswechsel auch Einfluß auf die Außenpolitik Englands hat, besonders auf seine Politik gegenüber Deutschland, wird erst die Zukunft zeigen. Die Pariser Blätter meinen ja, daß die letzte scharfe Note an Deutschland nicht von allen englischen Ministern gebilligt worden sei, und daß es möglicherweise

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF